

kas George Shultz Bedenken gegenüber ihrem singapureanischen Kollegen Dhanabalan. Rechtzeitig zu dieser Tagung hatte das Europäische Parlament, in einem einmaligen Fall von Geschlossenheit, unterstützt von allen Parteien, eine Resolution verabschiedet, in der die Regierung von Singapur aufgefordert wurde, die Inhaftierten freizulassen und ihren Fall unter der Beachtung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die Singapur anerkannt hat, zu überprüfen.

Über hundert Gruppen und Organisationen aus vier Erdteilen forderten die Freilassung der Inhaftierten. In einigen Ländern kam es zu Demonstrationen vor der Botschaft von Singapur und der Fluggesellschaft "Singapore Airlines". Es gab auch Boykottaktionen gegen SIA. In Canberra hielten am 6.7. eine Gruppe engagierter Christen eine Nachtwache vor der Vertre-

tung des Stadtstaates. Die Teilnehmer trugen Luftballons mit dem Namen eines Gefangenen. Für jeden der Inhaftierten gab es eine kurze Ansprache, anschließend wurde der Ballon losgelassen.

Den 9. August und Nationalfeiertag Singapurs erklärte das japanische "Kansai Not-Komitee für Menschenrechte in Singapur" als Tag der Sorge und des Protests in Erinnerung an die fünfzehn Gefangenen. Dreißig Mitglieder des Komitees hielten ein zweistündiges teach-in vor dem Konsulat Singapurs in Osaka, dem eine Demonstration zum Büro von SIA folgte.

E.J.

vgl.:

AW vom 7.6., 5.7., 12.7. und 2.8. 1987; "update" Nr.5-11, hrsg. vom "Emergency Committee for Human Rights in Singapore", Christchurch, Neuseeland.

Die weltweiten Solidaritätsaktionen prallen an Singapurs Regierung ab. Ein Boykott von Singapore Airlines, wie mancherorts erwogen, wäre eine gute Idee, ist aber praktisch undurchführbar. Und - welche Fluglinie könnte man dann nicht boykottieren? Auf europäischer Ebene ist die Resolution des Europäischen Parlaments bemerkenswert, da sich an ihr ausnahmsweise alle Parteien beteiligten. Die Katholische Kirche im Ausland ist ebenso gespalten in ihrer Haltung wie die Kirche von Singapur selbst. Das Kirchen-Establishment hält sich zurück, engagierte Gruppen suchen die Diskussion, so wie Ende Juni im malaysischen Bundesstaat Sabah, wo Singapurs Erzbischof Yong an einer Messe teilnahm.

Unter Verwandten und Freunden der Inhaftierten herrscht Ratlosigkeit. Die Solidaritätsaktionen dürfen während der Zeit der Inhaftierung nicht abreißen; denn auf Staatsgäste in Sachen Menschenrechte können wir in Singapur nicht warten.

Kommentar:

Die sympathischen Staatsfeinde

Spekulationen dürfen angebracht werden, was Deutschlands derzeit berühmtester Reisender in Sachen Menschenrechte, Norbert Blüm, mit Singapurs Staatspräsident Lee Kuan Yew besprechen könnte. Die Machenschaften von Chiles Pinochet wissen wir. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, daß dieses Wissen regelmäßig aufgefrischt wird. Umso bedauernswerter, daß die weltpolitisch etwas kleineren Kaliber ihre finsternen Machenschaften unbehelligt von den Augen der Weltöffentlichkeit vollziehen können.

Die deutsche Presse hatte für die grotesken Verhaftungen in Singapur kaum eine Meldung übrig. Die wenigen Artikel zum Stadtstaat beschränken sich - wie gehabt - auf dessen wirtschaftliche Entwicklung, die erfreulicherweise das Tief der letzten beiden Jahre zu überwinden haben scheint (z. B. NZZ vom 14.8. 1987). Die Pressekollegen aus Großbritannien mußten sich hier etwas mehr bemühen, da mit Tan Wah Ploow immerhin ein Oxford-Scholar in das Zentrum des Geschehens rückte.

21 Menschen, keines konkreten Vergehens angeklagt und erst recht keines Vergehens gerichtlich überführt, wurden für unbestimmte Zeit ihrer Freiheit oder ihrer bürgerlichen Rechte (die Freigelassenen) beraubt. Die Regierung wirft ihnen kommunistische Verschwörung vor. Doch nicht für Kommunismus haben sich die Inhaftierten eingesetzt, sondern für Gerechtigkeit: für soziale und politische Veränderung zugunsten der Unterdrückten.

Die Regierung hat dieses Engagement ideologisch zu einem Bestandteil des Kommunismus-Kapitalismus-Konflikts gemacht.

Sie hat Organisationen an den Pranger gestellt, deren "Staatsfeindlichkeit" nur Kopfschütteln abnötigen kann: Das Katholische Zentrum in Geylang z. B., für das die inhaftierte Anwältin Tang Fong Har als Rechtsberaterin arbeitete, hat sich zum Ziel gesetzt, die Kirche, der vor allem Kreise der Mittelschicht angehören, in den ärmeren Bevölkerungsgruppen präsentieren zu machen. Die Theatergruppe "Third Stage", die "AsiaWeek" im November 1984 als bemerkenswerte Theatergruppe zur Verbreitung singapureanischer Dramas in englischer Sprache bezeichnete, produziert Stücke, die das Leben der kleinen Leute darstellen - Stücke übrigens, deren Manuskripte vom Innenministerium genehmigt werden müssen und bislang auch genehmigt wurden.

15 Menschen sitzen jetzt in der "Schweiz" von Südostasien, im sauberen Singapur, hinter Gittern, weitere 6 sind gebrandmarkt, Menschen, die auf die Bevölkerung des Stadtstaats bei ihren Fernsehauftritten so gar nicht den Eindruck angsteinflößender Staatsfeinde gemacht hatten. Doch die öffentlichen Geständnisse hatten mit Sicherheit einen gewünschten Effekt: Die ausgelagerten, verfremdeten und z. T. von Folter gezeichneten Gesichter dienten zumindest als abschreckendes Beispiel für die Zukunft.

Erika Jung

Buchbesprechung

SO NAH AM MARXISMUS WIE SINGAPUR AN DER DEMOKRATIE

Tan Wah Ploow's "Bekanntnisse" aus dem Asyl

Tan Wah Ploow: Let the People Judge. Confessions of the Most Wanted Person in Singapore; Institute of Social Analysis (IN-SAN), Kuala Lumpur 1987, 89 S.

"Das Klopfen an der Türe der Wohnung in Jurong, wo ich die Nacht des 1. November 1974 verbrachte, war nachdrücklich und unpersönlich und lud die Spannung in der kleinen Dreizimmerwohnung auf. Meine Freundin und ich wußten sofort, daß es nichts Gutes bedeuten konnte. Aber anstatt in Panik zu geraten, akzeptierten wir es einfach, als ob wir darauf gewartet hätten. In den paar Augenblicken, in denen sie mit den ungebeten Gästen durch die geschlossene Tür hindurch verhandelte, konnte ich gerade meine Kollegen anrufen. 'Sie holen mich'. Das war alles, was ich zu sagen brauchte."

"So begann alles", titulierte Tan Wah Ploow das letzte Kapitel, in dem er seine Aktivitäten als Studentenfürher von Singapur Mitte der siebziger Jahre beschreibt, die zu seiner Verhaftung und zu seiner Flucht 1976 nach England führten. Tan,



der derzeit in Oxford Jura studiert, bezeichnet sich im Untertitel seines im Juli erschienen Buchs "Laßt das Volk urteilen" als die "meistgesuchte Person von Singapur" und sieht sich in dieser Funktion veranlaßt, ein Geständnis abzulegen: ein Geständnis als Reaktion auf die gegen ihn erhobene Anklage, der Rädelsführer jener angeblichen kommunistischen Verschwörung zu sein, eine Anklage, der im Zuge der jüngsten Verhaftungswelle bereits 21 Personen zum Opfer gefallen sind.

Das "Geständnis" soll zwei Zwecke erfüllen: Zum ersten will Tan Wah Piow klarstellen, daß die Festgenommenen zwar seine Freunde, aber keinesfalls seine Marionetten für eine kommunistische Unterwanderung des Stadtstaats sind. Zum zweiten versucht er, seine eigene politische Position und Programmatik darzulegen, um sich von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen reinzuwaschen.

So ist das - sicherlich in Eile und unter dem Druck der Verhältnisse entstandene - Büchlein, das vom Institute for Social Analysis in Kuala Lumpur herausgegeben wurde, nicht Resultat eines in sich geschlossenen Manuskripts, sondern eine Sammlung von Fragmenten. Diese behandeln einerseits die jüngsten Ereignisse, beinhalten andererseits programmatische Konzepte und frühere Essays zu Themen, wie Meinungs- und Pressefreiheit. 7 Leserbriefe an die Wochenzeitschrift "Far Eastern Economic Review" sollen Tan's unmittelbare Reaktion auf politische Höhepunkte in Singapur, wie z.B. die Sanktionen gegen den ehemaligen Oppositionsabgeordneten J.B. Jeyaretnam, verdeutlichen.

Auf die Inhaftierungen vom 21. Mai reagierte der ehemalige Studentenfürher unverzüglich in mehreren Presseerklärungen, die in seinem Buch noch durch weitere Statements ergänzt werden. "Mir schmeicheln", so schreibt Tan über seine Freunde, "die Behauptungen der Regierung über meinen Einfluß auf einige der 16 Verhafteten. Die Wahrheit ist sehr viel weniger sensationell. Viele

der Inhaftierten hatten bereits ein politisches Bewußtsein, als ich sie kennenlernte...Wir haben eine Menge gemeinsam und wir haben auch Differenzen. Es ist absurd zu behaupten, sie hätten sich mir unterworfen und nach meinen Anweisungen gehandelt" (S.8). Schließlich seien, so betont der angehende Jurist, die Menschen, die sich von seinen Ideen angezogen fühlten, selbständig denkende Individuen, die selbst wüßten, was sie damit anfangen könnten.

Die Regierung habe diesen kommunistischen "plot" erfunden, um jegliche Opposition auszuschalten. Denn im Gegensatz zu früheren Ereignissen, als Kampagnen gegen Ungerechtigkeit sowohl in Singapur als auch im Ausland sich auf die Universitäten beschränkten, hätten die "Dissidenten" diesmal eine viel breitere Basis. Es handele sich um Akademiker, Sozialarbeiter oder Angehörige der Kirche, die mit der "Normalbevölkerung" Hand in Hand arbeiteten und in der Lage seien, ihre sozialen Vorstellungen in die Alltagssprache umzusetzen. Lee Kuan Yew sei es offensichtlich bewußt, daß seine potentiellen Nachfolger, die kulturell von der Bevölkerung entfremdet und politisch unbedarft seien, gegen die Herausforderung einer solchen Opposition ins Hintertreffen geraten könnten.

An anderer Stelle beschäftigt sich Tan Wah Piow mit dem Vorwurf der Regierung, er habe Organisationen des Stadtstaates, wie z.B. die Anwaltskammer, kommunistisch unterwandern lassen. Hier verweist er auf Erfahrungen in den westlichen Staaten, wo außerparlamentarische Gruppen, wie Friedensbewegung oder Selbsthilfeorganisationen, wesentliche Bestandteile des demokratischen Prozesses und der parlamentarischen Entscheidungsabläufe seien. "Die Regierung von Singapur", so Tan, "ist höchst intolerant gegenüber Personen, die sich offen mit der Opposition identifizieren. Auf der anderen Seite ist sie aber auch der Meinung, daß der Platz für alle, die Veränderung wollten, nur die Oppositionsparteien seien" (S.18).

Wer sich nicht daran halte, werde als Kommunist bezeichnet.

Die Beschäftigung mit den parlamentarischen Demokratien der westlichen Welt bestimmen klar die politische Position Tan Wah Piow's. Er selbst sieht sich zwischen Sozialdemokratie und demokratischem Sozialismus angesiedelt. Größtes Vorbild für Tan, der gelegentlich als der kleine "Aquino" von Singapur bezeichnet wird, ist das schwedische Modell. Seine genauen Vorstellungen von einem alternativen Regierungssystem im Stadtstaat legt Tan Wah Piow im dritten Kapitel seines Buches dar: "Meine Politik" sind Notizen aus dem Jahr 1985, aus denen ein eigenes Buch entstehen sollte.

"Singapur als Stadtstaat", heißt es dort, "ist ideal für die Ausübung von Demokratie. Es ist klein, alles ist konzentriert, es hat urbanen Charakter und einen hohen Bildungsstandard. Wir sind in der idealen Lage, mit neuen demokratischen Einrichtungen zu experimentieren, um das Konzept der Herrschaft des Volkes ... vollständig zu realisieren" (S.27). Im einzelnen stellt sich Tan ein parlamentarisches System vor, das sowohl den Abgeordneten als auch dem Kabinett mehr Rechte einräumt, als es im gegenwärtigen Singapur der Fall ist. Er fordert eine Reform der Rechtsprechung und die Aufhebung des Gesetzes zur inneren Sicherheit (ISA). Notstandsgesetze nicht prinzipiell ablehnend, verlangt er eine parlamentarische Abstimmung zur Ausrufung eines Notstandes. Pressefreiheit steht ebenso auf Tan's Liste wie unabhängige Gewerkschaften, das Recht auf Streik und andere Errungenschaften westlicher Demokratien.

Immer wieder verweist Tan auf Schweden, Österreich, die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland, wo z.B. die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu regeln möglich ist, ohne daß die Rechte der Arbeiter eingeschränkt werden müßten. Beispiele aus der BRD, wie die "kalte" Aussperrung von Arbeitern in Betrieben, die gar nicht bestreikt werden, zeigen, daß Tan angesichts der Verhältnisse in Singapur den Westen mit etwas zu blauen Augen sieht.

Losgelöst von dem Hintergrund, vor dem dieses Buch entstanden ist, mag diese Lobhudelei des Westens, von der der Wohnsitz Großbritannien allerdings ausgeschlossen ist (!), zu manchem Widerspruch herausfordern. Doch steht in diesem Fall der Zweck, der die Mittel heiligt, über der Diskussion um politische Details. Tan Wah Piow sieht es als seine Aufgabe, sich von Marxismus und Kommunismus abzugrenzen. Hoffen wir, daß es seinen Freunden hilft.

Erika Jung